



BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

An das
Bundesministerium für Justiz

per E-Mail: kzl.b@bmi.gv.at

GZ: BMSG-10310/0009-I/A/4/2006

Wien, 14.03.2006

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2003/58/EG das Firmenbuchgesetz, das Unternehmensgesetzbuch, die Jurisdiktionsnorm und das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung geändert werden (Publizitätsrichtlinie-Gesetz-PuG); Stellungnahme des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Bezug auf die Note vom 9. Februar 2006, GZ BMJ-B10.070E/0001-I 3/2006, nimmt das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz zu dem im Betreff angeführten Entwurf wie folgt Stellung:

Es wird im Hinblick auf das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, BGBl. I Nr. 82/2005, angemerkt, dass es sinnvoll erscheint, einen barrierefreien elektronischen Schriftverkehrszugang zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Bundesministerin:
Dr. Peter Gamauf

Elektronisch gefertigt.